

Eignung und Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

1. Eignung zur Berufsausübung und Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

1.1 Vorlage mit dem Angebot:

- (a) Erklärung zu bestehenden Ausschlussgründen gemäß § 123 oder § 124 GWB und zu ggf. ergriffenen Selbstreinigungsmaßnahmen im Sinne des § 125 GWB
- (b) Erklärung, dass der Bieter in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden ist
- (c) Erklärung, die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt zu haben
- (d) Erklärung zur Mitgliedschaft in der Berufsgenossenschaft
- (e) Erklärung zu Insolvenzverfahren und Liquidation
- (f) Erklärung zu bestehenden Eintragungen im Berufs-/Handelsregister, in die Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer.

1.2 Vorlage auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der von der Vergabestelle gesetzten Frist:

- (a) - (d) frei
- (e) Rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan (wenn zutreffend)
- (f) frei

Allgemeine Hinweise:

Die Erklärungen gem. Ziff. 1.1 sind mittels des Formblatts „Eigenerklärung zur Eignung“ (liegt den Ausschreibungsunterlagen bei) oder mittels einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) oder mittels Verschaffung des Zugangs zu einem Verzeichnis/Zertifizierungssystem gemäß § 48 Abs. 8 VgV, in dem die Erklärungen hinterlegt sind, abzugeben. Geforderte Erklärungen, welche nicht im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ abgebildet werden, sind "formlos" elektronisch im Anlagenordner einzureichen.

Die Nachweise gem. Ziff. 1.2 sind von den Bietern der engeren Wahl auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen. Die Pflicht zur Vorlage der Unterlagen gem. Ziff. 1.2 entfällt, soweit sie in dem Verzeichnis/Zertifizierungssystem gem. § 48 Abs. 8 VgV hinterlegt sind. Unternehmen, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, müssen gleichwertige Nachweise vorlegen. Nachweise, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Beabsichtigt der Bieter, im Hinblick auf die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe) oder Unterauftragnehmer einzusetzen, so sind für diese Unternehmen die einschlägigen Erklärungen/Angaben gem. Ziff. 1.1 und die einschlägigen Nachweise gem. Ziff. 1.2 auf gesonderte Aufforderung der Vergabestelle innerhalb der gesetzten Frist vorzulegen.

2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

2.1 Vorlage mit dem Angebot:

- (a) Eigenerklärung über den gemittelten Gesamtumsatz des Bieters aus den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (netto), soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind. Der geforderte Mindestumsatz beträgt 4.500.000,00 EUR.

- (b) Eigenerklärung des Bieters, dass im Auftragsfall der Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung mit folgendem Inhalt vorgelegt wird: Berufshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen von über mind. 2.000.000,00 EUR für Personenschäden und mind. 1.000.000,00 EUR für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden). Die Versicherung muss während der gesamten Vertragszeit unterhalten und nachgewiesen werden. Es ist zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der genannten Deckungssummen besteht. Zudem muss die Ersatzleistung der Versicherung mindestens das Zweifache der o.g. Deckungssummen pro Jahr betragen (2-fach maximiert). Im Falle einer Bietergemeinschaft ist von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft eine Versicherung zu den o.g. Bedingungen nachzuweisen. Zudem ist gleichzeitig eine Erklärung des Versicherers bzw. die entsprechende Passage aus dem/den Vertrag/Bedingungen beizufügen, wonach die Versicherung auch bei der Betätigung des Bieters als Partner einer Arge, bei Schäden, die vom Versicherungsnehmer verursacht werden, zu den genannten Bedingungen eintritt.

2.2 Vorlage auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der von der Vergabestelle gesetzten Frist:

- (a) Zusicherung des Versicherers, die geforderte Berufshaft- oder Betriebshaftpflichtversicherung abzuschließen bzw. Vorlage eines entsprechenden Versicherungsnachweises
- (b) Verpflichtungs- und Haftungserklärung anderer Unternehmen, deren Kapazitäten zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen werden

Allgemeine Hinweise:

Die Erklärungen gem. Ziff. 2.1 sind mittels des Formblatts „Eigenerklärung_zur_Eignung“ (liegt den Ausschreibungsunterlagen bei) oder mittels einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) oder mittels Verschaffung des Zugangs zu einem Verzeichnis/Zertifizierungssystem gemäß § 48 Abs. 8 VgV, in dem die Erklärungen hinterlegt sind, abzugeben. Geforderte Erklärungen, welche nicht im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ abgebildet werden, sind "formlos" elektronisch im Anlagenordner einzureichen.

Die Nachweise gem. Ziff. 2.2 sind von den Bietern der engeren Wahl auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen. Die Pflicht zur Vorlage der Unterlagen gem. Ziff. 2.2 entfällt, soweit sie in dem Verzeichnis/Zertifizierungssystem gem. § 48 Abs. 8 VgV hinterlegt sind. Unternehmen, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, müssen gleichwertige Nachweise vorlegen.

Nachweise, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Beabsichtigt der Bieter, im Hinblick auf die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe) oder Unterauftragnehmer einzusetzen, so sind für diese Unternehmen die einschlägigen Erklärungen/Angaben gem. Ziff. 2.1 und die einschlägigen Nachweise gem. Ziff. 2.2 auf gesonderte Aufforderung der Vergabestelle innerhalb der gesetzten Frist vorzulegen.

3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

3.1 Vorlage mit dem Angebot:

- (a) Angabe, welche Teile des Auftrags der Bieter als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt. Falls ein Nachunternehmereinsatz beabsichtigt ist: entsprechende Eintragung in das Formblatt L235 unter Angabe der Ordnungsziffer (Oz.) und der Kurzbezeichnung der Teilleistung
- (b) Angabe von mindestens zwei Referenznachweisen über vergleichbare Leistungen aus den letzten fünf Kalenderjahren, mit mindestens den folgenden Informationen:
- Auftraggeber und Ansprechpartner*in;
 - Art der ausgeführten Leistung und Standort des Referenzprojekts;
 - Auftragssumme;
 - Ausführungszeitraum (Monat/Jahr bis Monat/Jahr);
 - entsorgte Belastungsklassen (z. B. DK 0, Z1.2) sowie
 - entsorgte Menge je Abfallschlüssel (170504 und 170503*)

Mindestens 2 Referenzen müssen folgende Kriterien erfüllen:

1. Die Leistung wurde nach 2020 begonnen und bis zum Ende der Angebotsfrist abgeschlossen. Wurde die Leistung noch nicht vollständig beendet, so müssen bis zum Ende der Angebotsfrist die Kriterien 2.-4. bereits erfüllt worden sein.
 2. Das transportierte und entsorgte Material ist Bodenaushub.
 3. Entsorgungsleistungen inkl. Transport müssen mind. 30.000 t zu entsorgendem Aushub- und Abbruchmaterial je Referenz betragen
 4. Es müssen mindestens Abfälle der Belastungsklasse Z1.2 gem. Leitfaden zur Verfüllung von Gruben, Brüchen und Tagebauen und DK0 gemäß Deponieverordnung entsorgt worden sein.
- (c) Erklärung des Bieters, dass er eine mindestens zweijährige praktische Tätigkeit in der Ausführung von abfallwirtschaftlichen Entsorgungsmaßnahmen (Boden und Bauschutt) nachweisen kann. Sofern es sich beim Bieter um eine juristische Person handelt, ist die Leistungsfähigkeit des benannten verantwortlichen Berufsangehörigen nachzuweisen (gemäß § 75 Abs. 3 VgV). Ist der Bieter eine Bietergemeinschaft, ist der Nachweis der entsprechenden Leistungsfähigkeit von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen. Im Fall der Eignungsleihe muss jedes Unternehmen, auf dessen Ressourcen sich der Bieter zum Nachweis seiner Eignung beruft, eine entsprechende Leistungsfähigkeit nachweisen.
- (d) Nachweis durch ein entsprechendes Zertifikat, dass das Unternehmen ein Entsorgungsfachbetrieb gemäß § 56 KrWG ist
- (e) Erklärung des Bieters, dass die Voraussetzungen für das privilegierte Verfahren gemäß § 7 der Nachweisverordnung spätestens zu Ausführungsbeginn vorliegen werden. *(Die Erklärung ist in Anlage 2 vorgedruckt.)*
- (f) Erklärung des Bieters, dass er spätestens zu Ausführungsbeginn für die Entsorgung gefährlicher Abfälle bei der ZKS-Abfall als Entsorger im Rahmen des eANV registriert ist und über die technische und personelle Ausstattung verfügt, um über das eANV versendete Dokumente digital zu signieren. *(Die Erklärung ist in Anlage 2 vorgedruckt.)*
- (g) Angabe des Entsorgungsverfahrens (z. B. Verwertung als Verfüllung/ Deponieersatzbaustoff/ Mineralischer Ersatzbaustoff, durch thermische Verwertung, mechanische oder biologische Behandlung, Recycling o. ä.) *(jeweils Eintragung in die grün markierten Felder der Tabelle in Anlage 2)*

3.2 Vorlage auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der von der Vergabestelle gesetzten Frist:

- (a) Falls ein Nachunternehmereinsatz beabsichtigt ist: Vervollständigung des Formblatts L235 und Vorlage der Verpflichtungserklärung/en des/der Nachunternehmer/s *(jeweils Formblatt L236 ausfüllen)*
- (b) Erklärung des Bieters, dass die eingesetzten Nachunternehmen über die erforderliche Fachkunde sowie die wirtschaftliche und finanzielle ebenso wie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit verfügen und keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123 und 124 GWB vorliegen
- (c) Benennung und Beschreibung der Entsorgungswege inklusive Eigentümer *(jeweils Eintragung in die blau markierten Felder der Tabelle in Anlage 2 und im Formblatt L235)*
- (d) Vorlage der für die Entsorgung relevanten Auszüge (u. a. der Belastungsklasse) aus den Genehmigungsbescheiden. Ist die Gültigkeit eines Bescheids bei Zugang des Angebots bereits abgelaufen, muss der Bieter in geeigneter Weise zur Überzeugung des Auftraggebers darlegen, dass spätestens zu Ausführungsbeginn eine Verlängerung der Genehmigung oder ein gleichwertiger Tatbestand vorliegen wird.
- (e) Vorlage der abfallrechtlichen Beförderungserlaubnis entsprechend § 54 KrWG
- (f) Benennung des/r Transporteurs/e *(Eintragung in das blau markierte Feld der Tabelle in Anlage 2)*
- (g) Angaben zur Kalkulation *(Eintragung in die Tabelle in Anlage 3)*

Allgemeine Hinweise:

Die Erklärungen gem. Ziff. 3.1 sind mittels des Formblatts „Eigenerklärung_zur_Eignung“ (liegt den Ausschreibungsunterlagen bei) oder mittels einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) oder mittels Verschaffung des Zugangs zu einem Verzeichnis/Zertifizierungssystem gemäß § 48 Abs. 8

VgV, in dem die Erklärungen hinterlegt sind, abzugeben. Geforderte Erklärungen, welche nicht im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ abgebildet werden, sind "formlos" elektronisch im Anlagenordner einzureichen.

Die Nachweise gem. Ziff. 3.2 sind von den Bietern der engeren Wahl auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen. Die Pflicht zur Vorlage der Unterlagen gem. Ziff. 3.2 entfällt, soweit sie in dem Verzeichnis/Zertifizierungssystem gem. § 48 Abs. 8 VgV hinterlegt sind. Unternehmen, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, müssen gleichwertige Nachweise vorlegen.

Nachweise, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Beabsichtigt der Bieter, im Hinblick auf die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe) oder Unterauftragnehmer einzusetzen, so sind für diese Unternehmen die einschlägigen Erklärungen/Angaben gem. Ziff. 3.1 und die einschlägigen Nachweise gem. Ziff. 3.2 auf gesonderte Aufforderung der Vergabestelle innerhalb der gesetzten Frist vorzulegen.